

"USA im Ruhrgebiet" in Süddeutsche Zeitung (16. November 1948)

Legende: Am 16. November 1948 befasst sich die deutsche Tageszeitung Süddeutsche Zeitung mit den Folgen der von den Amerikanern und Briten gemeinsam über die deutsche Eisen- und Stahlindustrie und den Kohlenbergbau im Ruhrgebiet ausgeübten Kontrolle.

Quelle: Süddeutsche Zeitung. Münchner Neueste Nachrichten aus Politik, Kultur, Wirtschaft und Sport. Hrsg. Friedmann, Werner; Goldschagg, Edmund; Schöningh, Dr. Franz Joseph; Schwingenstein, August. 16.11.1948, Nr. 103; 4. Jg. München: Süddeutscher Verlag.

Urheberrecht: (c) Süddeutsche Zeitung

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"usa_im_ruhrgebiet"_in_sueddeutsche_zeitung_16_november_1948-de-4fff1ac8-0844-4d19-b03b-cef838c08b6f.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 15/09/2012

USA im Ruhrgebiet

An der Ruhr wird operiert. Ein am 10. November in Kraft getretenes Militärregierungsgesetz bringt eine „Umgestaltung“ des deutschen Kohlenbergbaus und der deutschen Eisen- und Stahlindustrie, die – beide im Ruhrgebiet konzentriert – das Herzstück der deutschen Industrie sind. An diesem Herz wird operiert, denn es darf nicht zu stark schlagen und soll auch vorläufig weder seinem eigenen Pulsschlag gehorchen, noch allein vom Strom seines eigenen Blutes im Rhythmus bestimmt werden. Dieses Herzstück – früher als Waffenschmiede Deutschlands die Bedrohung Europas -, jetzt „entflochten“ und „entmilitarisiert“ (wenn auch nur sehr oberflächlich „entnazifiziert“) – ist inzwischen einer der wichtigsten Aktivposten für die Wiedergesundung Europas geworden, die ohne die Wiedergesundung Deutschlands nicht möglich ist.

Seine Zechen und Hütten standen bisher unter der Kontrolle des britischen Oberbefehlshabers, und eines der wichtigsten Ergebnisse der jetzt angekündigten Neuordnung ist die Tatsache, daß Amerika von jetzt ab im Ruhrgebiet sitzt – und die Briten, neben den Amerikanern, auch noch dabei sind. Diese Tatsache ist mehr als die Folge des Umstandes, daß seit beinahe zwei Jahren das britische und amerikanische Besatzungsgebiet zur Doppelzone zusammengeschlossen worden sind und die beiden Militärregierungen über das Zweimächte-Kontrollamt den Wirtschaftsrat in Frankfurt teils unterstützen, manchmal ermuntern, bisweilen aber auch hemmen, die wirtschaftliche Koordinierung dieser beiden Besatzungsgebiete so voranzutreiben, daß aus dem Ganzen ein funktionierender Organismus wird, dessen durch Kriegs- und Nachkriegsfolgen zerrütteter und aus den Fugen geratener Wirtschaftsapparat wieder zu einer echten produktiven Kraft werden soll.

Das zweite Faktum ist die Tatsache, daß die für Deutschlands Zukunft entscheidende Frage: die Frage der Sozialisierung, – abermals vertagt ist. Wenn die Militärregierungen erklären, der jetzt in Funktion zu setzende „Treuhand-Plan“ bedeute nicht nur eine technische und produktionsmäßige Umgestaltung der Kohlen-, Eisen- und Stahlindustrie, sondern auch eine Umgestaltung der Besitzverhältnisse in diesen Industrien, so ist mehr gesagt, als tatsächlich geschieht. Da die Frage der Sozialisierung der Zuständigkeit einer repräsentativen, freigewählten deutschen Regierung vorbehalten bleiben soll (unbeschadet der Frage, ob sich deren Hoheitsrechte auf ganz Deutschland erstrecken oder auf Westdeutschland beschränken müssen), ist die Kernfrage des ganzen Problems vertagt. Wir werden nachdrücklich Gewicht darauf legen müssen, zu betonen, daß alles, was jetzt im Ruhrgebiet geschehen soll, tatsächlich nur eine „vorläufige“ Neuordnung für eine „Uebergangszeit“ bedeutet, die gottlob nicht allzu lang sein wird, wenn es dabei bleibt, daß die erste freigewählte repräsentative Regierung – sagen wir es ruhig: für Westdeutschland – wirklich souverän entscheiden kann. Sie wird nicht am ersten Tage mit diesem Problem beginnen können, aber die Frage der endgültigen Besitzverhältnisse der Gruben und Zechen an der Ruhr wird mit der Konstituierung der ersten deutschen Regierung auf der Tagesordnung stehen und auf dieser Tagesordnung bleiben bis dieses Problem gelöst ist.

Das dritte Faktum ist die erneute Bestätigung der alten Tatsache, daß die Ruhr nicht nur ein landschaftlich gebundenes industrielles Kraftzentrum deutscher Prägung ist, sondern zugleich das heiße Eisen europäischer, ja internationaler Politik. Es wäre verwunderlich gewesen, wenn Frankreich nicht seinen Protest angemeldet hätte, obwohl die britische und amerikanische Militärregierung erklärt haben, daß sie mit ihren interessierten Partnern die Dinge vorher abgesprochen hätten. Es war bei der nun einmal in der Politik funktionierenden Automatik zu erwarten, daß Polen protestieren würde. Es muß demgegenüber als ein Lichtblick europäischer Hoffnung überaus positiv gewertet werden, daß Holland (das der Ruhr näher liegt als Polen) erklärt hat, keine Einwendungen zu erheben. Die endgültige Lösung an der Ruhr wird über die Schicksalsfrage entscheiden, ob es in Europa eines Tages wirklich Europäer geben wird oder doch nur Nationen, deren Zusammenhalt eine Angelegenheit der Geographie statt die einer echten europäischen Haltung und gemeinsamer Bindung ist.

So – glaube ich – sollte man die Ruhr sehen und danach seinen Standort orientieren, wenn man mit wachsamem Auge kritisch verfolgt, was weiter geschehen wird. Wir wissen aus langer Erfahrung gerade unter der Besatzung, daß weder Deutsche, geschweige denn gar „Deutschland“ Eigentümer seiner lebensspendenden Industrien werden, wenn man lediglich Eigentümer-„Funktionen“ in deutsche Hände überträgt und sie diese Funktionen „als Treuhänder“ ausüben läßt. Der Treuhänder muß wissen – das ist die

erste und wichtigste Voraussetzung, wenn er wirklich funktionieren soll – nicht nur was er treuhänderisch verwaltet, sondern vor allem: für wen er treuhänderisch etwas verwalten soll. Genau diese Frage ist unbeantwortet geblieben. Das scheint uns ein Positivum zu sein, sofern es dabei bleibt, daß wir Deutsche selbst diese Frage beantworten können.

Die Militärgouverneure müssen deshalb überzeugt davon sein, daß die jetzt angebahnte Entwicklung von der deutschen Bevölkerung nur mit recht eingeschränkten Gefühlen der Genugtuung begrüßt wird, wennwohl sie sich nicht in der Hoffnung enttäuscht finden werden daß die Deutschen sich an rückhaltloser Zusammenarbeit bei der Durchführung dieser Pläne beteiligen werden. Man muß sich nur darüber klar sein, daß eine „rückhaltlose Zusammenarbeit“ kein „rückhaltloses Mitmachen“ bedeutet, – und rückhaltlose Mitarbeit nicht mit vorbehaltloser Zustimmung verwechselt werden darf. Die Deutschen sind mit den Militärgouverneuren um so stärker der Hoffnung, daß die Übergangslösung an der Ruhr uns dem Ziele näherführen möge, zum Wiederaufbau ganz Europas zu gelangen.

Gerhard Kreyssig